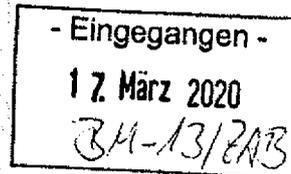


An den
Rat der Stadt Bergisch Gladbach
BM-13 Anregungen und Beschwerden
Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach



Kopie an BM z.K.
ed la

Bergisch Gladbach, 11.3.2020

Mehr Teilhabe mit städtischen Löwenpass

Sehr geehrter Bürgermeister,

hiermit beantragen ich gemäß § 24 GO NRW, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bei der Stadt Bergisch Gladbach die Wiedereinführung des Löwenpass als Sozialpass beschließt:

Die Stadtverwaltung soll beauftragt werden ein detailliertes Konzept zur Umsetzung eines Sozialpasses als Löwenpass auf Grundlage der vorliegenden Begründung zu erstellen und die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen.

Begründung und Vorschlag:

Im Jahr 2011 wurden die rechtlichen Grundlagen für die Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe (im Folgenden BUT) für Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag, Wohngeld oder Sozialhilfe-Analogleistungen nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen, gesetzlich verankert. Diese Leistungen umfassen Aufwendungen für Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten, Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung und Bedarfe zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat die Mittel für den Löwenpass gestrichen, unter Verweis auf die o.g. Leistungen des BUT. Die damals vorhandenen Mittel wurden in andere soziale Projekte und Netzwerke umgeschichtet. Dabei werden jedoch wesentliche Aspekte nicht beachtet:

Mehr kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Ein Löwenpass als Ausweis oder Karte könnte bedürftigen Menschen mehr Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen, die bisher kaum Möglichkeiten dazu haben. Eine solche Teilhabe, auch in sehr bescheidenem Rahmen, ist für immer mehr

Menschen in dieser Stadt kaum noch möglich. Sie ziehen sich nicht nur zurück, sondern werden an den Rand gedrängt.

Ein Sozialpass nach Vorbild des Köln-Pass einen kleinen Lichtblick aus der ausweglos erscheinenden Situation sein, in denen sich zunehmend mehr Familien befinden. Alle Untersuchungen und Berichte bestätigen, dass sowohl die Kinder- und Jugendarmut als auch die Altersarmut merklich ansteigt. Hinzu treten immer mehr Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind.

Ein „Sozialer Löwenpass“ wirkt stadtteilübergreifend und generationenübergreifend.

Wenn die Betroffenen nur wenig Geld haben, dann sollte es dennoch möglich sein, an den Dingen teilzuhaben, die ohnehin von der Allgemeinheit getragen werden.

Ein „Sozialer Löwenpass“ könnte bei kommunalen und auch bei freien Trägern, Einrichtungen des Landschaftsverbands LVR, der umliegenden Städte, Musikschule, Volkshochschule, Schwimmbäder und kommerziellen und freie Anbietern (Theater, Kino, Vereine, BELKAW, NetCologne, Telekom oder auch im Einzelhandel) Ermäßigungen ermöglichen. (Viele Einzelhändler (REWE, ROSSMANN, etc.) gewähren ihren Kunden schon heute über Kundenkarten Rabatte.

So könnten sich der Nutzen und die Vergünstigungen zu Gunsten einer breiteren kulturellen und sozialen Teilhabe und Versorgung mit den nötigsten Dingen des Lebens deutlich verbessern, ohne dass der städtische Haushalt dadurch über Gebühr belastet würde und bestehende Angebote und Netzwerke darunter leiden oder diese wichtigen Angebote finanziell zurückgesetzt würden. Im Gegenteil, denn ein Löwenpass sollte bestehende Förderung integrieren und zusätzliche Anbieter einbeziehen.

Mehr Selbstbestimmung mit niederschweligen Angeboten

Teilhabe ist ein Menschenrecht!

Ein Löwenpass würde das bestehende System erheblich entbürokratisieren und die Leistungen des Bundesteilhabegesetz BuT und der vorhandenen Netzwerke effektiv ergänzen. Es gäbe den förderungsbedürftigen Bürgerinnen und Bürgern im wörtlichen Sinne Autonomie in die Hand. Der Wahlfreiheit und Selbstverantwortung würde Rechnung getragen, denn die Bedürftigen hätten die Freiheit, selbst zu entscheiden, welche, wo und wie er die Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Das Angebot wäre flächendeckend und würde alle Stadtteile gleichberechtigt einbeziehen; bedürftige Bürgerinnen und Bürger, Senioren, Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Behinderungen, Kinder, Jugendliche, Männer und Frauen mit oder ohne Migrationshintergrund würden einbezogen. Das Angebot könnte unabhängig von Lebensalter und Personenstand genutzt werden und wäre besonders niederschwellig, weil es keinen Zugang zu einer Institution oder Ansprache städtische Mitarbeiter oder freier Träger voraussetzt, die dann die Leistung nach ihrem Ermessen erteilt oder auch nicht. Ein Löwenpass würde auch von Menschen genutzt werden, die schon lange nicht mehr von den Sozialverbänden, Kirchen oder der städtischen Sozialarbeit erreicht werden können.

Die früher für den Löwenpasse bereitgestellten Mittel wurden auf andere Projekte umgeschichtet, die gute Arbeit leisten, aber leider nicht alle Bedürftigen erreichen. Dieser Förderung reicht nicht mehr aus, um Allen ein Angebot zu machen. Die Anforderungen sind angestiegen.

ArbeitnehmerInnen können sich und für ihre Kinder keine Kultur mehr leisten

Stagnierende Löhne und Renten bei steigenden Lebenshaltungskosten, hohe Energiekosten, ständige Preiserhöhungen für Bus & Bahn und explodierenden Mieten schmälern in allen privaten Haushalten das Budget, welche für gesellschaftliche Teilhabe und Kultur vorgesehen ist. Dabei bleibt zu wenig übrig und das gilt nicht nur für Bürgerinnen

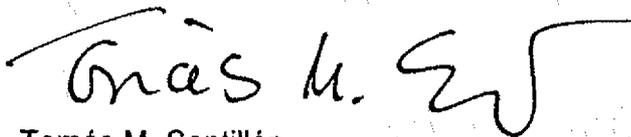
und Bürger, welche auf Transferleistungen angewiesen sind. Immer mehr ArbeitnehmerInnen leiden trotz bezahlter Arbeit unter prekären und ärmlichen Lebensverhältnissen. Der Anteil, derjenigen, die sich immer weniger „leisten“ können, kaum Urlaub machen, nie kulturelle Angebote nutzen und so gerade noch ihre Miete und Strom bezahlen können, weil sie bei allem sparen, wächst an. Die letzte Fahrpreiserhöhung bei kommunalen Bussen & Bahnen wird wie die neue Strompreiserhöhung der BELKAW (+7,5%) und steigende kommunale Gebühren (Abwasser, Müll, etc.) bei den Mietnebenkosten in vielen Haushalt schmerzlich zu spüren sein.

Mit dem BuT sah der Bundesgesetzgeber vor Synergieeffekte mit bereits bestehenden Angeboten und Förderungen zu schaffen. Man hatte nicht damit gerechnet, dass solche Hilfen wie der Löwenpass in Bergisch Gladbach ganz gestrichen würden. Dass mit der Umsetzung des BuT und die damit verbundene Kürzungen des „Löwenpass“, die Stadt erhebliche Finanzmittel einsparen konnte, welche den Betroffenen nicht mehr zu Gute kommen. Die früheren Finanzmittel für soziale Förderung wurden zwar in soziale Projekte umgeschichtet, aber sind dort auf „niedrigen“ Stand eingefroren.

Seit der Streichung des Löwenpass blieben tausende bedürftige Menschen in dieser Stadt, die am unteren Ende des sozialen Gefüges leben, von der „Förderung von kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe“ ausgeschlossen.

Alle Untersuchungen und Konferenzen haben in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass es einen Bedarf für einen Löwenpass gibt. Die Einschätzung, die Ausgabe eines Sozialpasses würde einer Stigmatisierung gleichkommen teilte ich nicht. Das Gegenteil ist der Fall, denn es verschafft mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Vielmehr haben viele Gespräche mit den Betroffenen deutlich gemacht, dass zusätzliche Hilfe immer willkommen ist.

Mit freundlichen Grüßen



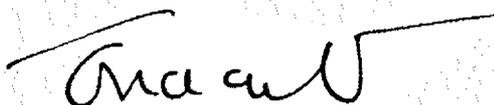
Tomás M. Santillán
Mozartstr. 12
51427 Bergisch Gladbach

Tel.: 0172-2410212

Mail: t.m.santillan@die-linke.org

Genehmigung zur Veröffentlichung meines Namens und meiner Anschrift, etc.

Ich verzichte auf den üblichen Schutz meiner Daten und willige ein, dass alle meinen personenbezogenen Daten, sowie Anschrift, Mail, Webseite und Telefonnummer, die auf diesem Antrag von mir selbst geschrieben wurden, auch im Zusammenhang mit diesem Antrag veröffentlicht werden können. Ich bitte sogar ausdrücklich darum.



Tomás M. Santillán
Bergisch Gladbach, 11.03.2020